

**15. Tagung der IV. Gesamtsynode vom 22. bis 23. November 2012
Drucksache Nr. IV/15/112**

Einbringung des Haushaltsplans 2013

I. Einleitung

Das Moderamen der Gesamtsynode legt Ihnen den letzten Haushalt dieser Legislaturperiode vor. Dies geschieht in der Woche zwischen Volkstrauertag und Totensonntag und kurz vor Beginn eines neuen Kirchenjahres. Weil gerade diese Zeit dazu einlädt, den Blick auf das Vergangene zu richten, möchte ich einen kleinen Rückblick auf die Finanzentwicklung der vergangenen Jahre werfen.

Ich will dabei ein Jahr über die laufende Legislaturperiode hinausgehen. Das ist der Zeitraum, den ich überblicke, denn im Jahr 2005 habe ich das Amt des Finanzreferenten übernommen. Dieses Jahr gerät aber noch aus einem ganz anderen Grund in den Blick. Es war eines der schwierigsten Haushaltsjahre unserer Kirche. Die Rücklagen waren aufgebraucht. Wir mussten die Zuweisungen an die Kirchengemeinden und Synodalverbände binnen kürzester Zeit um die Hälfte reduzieren. Auch waren wir damals nicht mehr in der Lage, unseren gesamtkirchlichen Verpflichtungen in der EKD nachzukommen. Die Beiträge zum Finanzausgleich mussten komplett ausgesetzt werden. Ich erinnere mich an die ehrenvolle Aufgabe, dies den Kirchenleitungen der übrigen Gliedkirchen bei meiner ersten Teilnahme an einer Kirchenkonferenz der EKD erklären zu dürfen. Auch in der Mitgliederversammlung des Evangelischen Entwicklungsdienstes gab es nur Kopfschütteln als man feststellte, dass sich der Beitrag der Evangelisch-reformierten Kirche von anzusetzenden 300.000 Euro auf schändliche 20.000 Euro reduziert hatte. Alle Arbeitsbereiche unserer Kirche waren von empfindlichen Kürzungen betroffen. Es gab schwierige Gespräche mit Kirchenmusikern und Jugendreferenten. Mehrere Beschäftigungsverhältnisse mussten beendet werden. Und auf der anderen Seite stand ein Berg von Verpflichtungen, von dem man nicht wusste, wie man ihn jemals abbauen sollte. Ich erinnere nur an das große Loch in der Versorgungskasse, das insbesondere deshalb entstanden war, weil die zugrunde liegenden Sterbetafeln nicht den biometrischen Realitäten entsprachen. Aufgrund des hohen Anteils der Personalkosten am Gesamthaushalt, kam die bange Frage auf, ob die Evangelisch-reformierte Kirche in Zukunft überhaupt noch in der Lage sein würde, künftig ihren Rechtsverpflichtungen nachzukommen. Das war längst nicht ausgemacht.

Dank einer positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konnten wir den Haushalt in den kommenden Jahren stabilisieren, wir konnten die Versorgungslücke weitgehend schließen, wir konnten die aufgelaufenen Rückstände beim Finanzausgleich ausgleichen, wir konnten Zuführungen zu den Rücklagen vornehmen, wir konnten einzelne Kürzungen zurücknehmen und wir konnten uns neuen Aufgaben zuwenden. Wenn wir also heute auf die abgelaufene Legislaturperiode zurückblicken, dann tun wir dies mit großer Dankbarkeit. Wirtschaftlich betrachtet geht es uns viel, viel besser als man zu Beginn der Legislaturperiode zu hoffen gewagt hätte.

II. Zur Haushaltslage

Mit dieser positiven Grundeinstellung gehen wir auch in das Haushaltsjahr 2013. Der Haushaltsplan hat ein Volumen von 35,2 Millionen Euro und übertrifft damit den Haushaltsansatz des laufenden Jahres um 800.000 Euro. Im kommenden Jahr soll also mehr Geld ausgegeben werden als wir uns für das laufende Jahr vorgenommen hatten. Mit anderen Worten: Wir gehen davon aus, dass die Einnahmen im Vergleich zum Haushaltsansatz 2012 steigen. Dass dies so ist, liegt nicht an der guten Arbeit, die in unseren Gemeinden und Synodalverbänden geleistet wird, nicht an den guten Predigten im sonntäglichen Gottesdienst, nicht an der hervorragenden Jugendarbeit, nicht an den vielen diakonischen Diensten, nicht am unermüdlichen ehrenamtlichen Engagement, sondern einzig und allein an der ausgezeichneten konjunkturellen Entwicklung. Ansonsten haben wir auch im vergangenen Jahr dramatisch zurückgegangen Gemeindegliederzahlen zu verkräften. Wir haben leider erneut 1.800 Gemeindeglieder verloren. Das entspricht der Größenordnung von mehr als einer Gemeinde. Nur der Umstand, dass sich die Kirchengemeinden Braunschweig und Hamburg unserer Kirche angeschlossen haben, verdeckt diesen negativen Trend. Wir werden diesen Effekt im kommenden Jahr noch einmal haben, wenn die Göttinger Kirchengemeinde rechtlich Mitgliedsgemeinde der Evangelisch-reformierten Kirche wird.

1. Einnahmen

Die positive Einnahmesituation basiert auf einer sehr positiven Entwicklung bei den Kirchensteuern. Haben wir im letzten Jahr bereits ein Plus von 0,75 Prozent verzeichnen dürfen, so kommt in diesem Jahr sehr wahrscheinlich ein Plus von 11 Prozent dazu. Eine solche Entwicklung hat es seit genau zwanzig Jahren nicht mehr gegeben (1992 waren es 14 Prozent Kirchensteuerzuwachs). Dafür dürfen wir sehr dankbar sein: Dankbar, weil die positive Entwicklung zu einer weiteren Konsolidierung unseres Haushalts führt, dankbar weil der Lohnsteuerzuwachs ein verlässlicher Indikator dafür ist, dass sich mehr Gemeindeglieder in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen befinden und dankbar, weil der Steuerzuwachs die Handlungskraft der Kirche steigert. Wir werden darauf zu sprechen kommen, wenn wir uns mit der Ausgabenseite des Haushalts befassen.

Zunächst muss ich jedoch auch auf eine negative Einnahmeentwicklung hinweisen, die wir wachsam zur Kenntnis nehmen müssen: die Niedrigzinsphase an den Kapitalmärkten. Für Termingelder gibt es kaum noch 0,5 Prozent Zinsen. Dies hat dramatische Auswirkungen auf den Haushalt. Gleich an mehreren Stellen müssen wir die Einnahmeerwartung reduzieren. Und im Hinblick auf die Versorgung müssen wir sogar 1 Million Euro zusätzlich einstellen, weil die VERKA aller Voraussicht nach an den Kapitalmärkten nicht mehr die erforderlichen Mittel zur Dynamisierung erwirtschaften kann. Das bedeutet, dass die Auswirkungen von Gehaltssteigerungen für Versorgungsempfänger künftig aus dem laufenden Haushalt zu bestreiten sind.

Eine weitere Sorge stellen die Konjunkturaussichten dar. Europa steckt in der Schuldenfalle. Ein Ausweg ist nicht erkennbar. Rezession und steigende Arbeitslosigkeit ist in vielen Staaten um uns herum längst eine bittere Realität. Und die Experten sagen voraus, dass dies die exportorientierte deutsche Wirtschaft ebenfalls treffen wird. Diese Aussagen werden durch jüngste Konjunkturdaten bestätigt. Es ist also davon auszugehen, dass sich die positive Steuerentwicklung der vergangenen Jahre zumindest mittelfristig in ihr Gegenteil verkehrt. Von einer solchen Entwicklung wären wir gleich doppelt betroffen: aufgrund der Steuerausfälle und aufgrund der anhaltend sinkenden Mitgliederzahlen. Allerdings gehen wir

in unserer Prognose davon aus, dass wir im kommenden Haushaltsjahr noch einmal von drastischen Einnahmeausfällen verschont bleiben.

2. Ausgaben

Mit Blick auf die Ausgabenseite sei zunächst angemerkt, dass alle Mittelanmeldungen im Haushaltsplan 2013 Berücksichtigung gefunden haben, d.h. kein Projekt und keine Maßnahme wurde mit der Begründung zurückgewiesen, dass keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen.

Das wichtigste Vorhaben ist die Gemeindestiftung. Sie wurde bisher mit 2,3 Millionen Euro ausgestattet. Für das kommende Haushaltsjahr wurde 1 weitere Million Euro eingestellt. Auch mögliche Überschüsse aus dem laufenden Haushaltsjahr sollen der Gemeindestiftung zugutekommen. Wie vereinbart werden die Mittel ausschließlich in Immobilien und größtenteils in landwirtschaftliche Nutzflächen investiert und damit in reale Werte. Ihre Erträge sind niedrig aber beständig und liefern damit zuverlässig Überschüsse, die zur Stabilisierung der Gemeindehaushalte Verwendung finden sollen. Aufgrund ihrer Unabhängigkeit von der Kapitalmarktentwicklung stellen landwirtschaftliche Immobilien eine sinnvolle Ergänzung unseres Anlageportfolios dar. Die Erträge kommen den Gemeinden künftig als ergänzende Pro Kopf-Zuweisung zugute. Es ist davon auszugehen, dass mit den Gemeindezuweisungen aus Stiftungserträgen ab dem Haushaltsjahr 2014 begonnen werden kann.

Die Baumittel im Haushalt liegen unverändert bei knapp 800.000 Euro. Mit diesen Mitteln sind wir bisher immer in der Lage, die Baumaßnahmen in den Kirchengemeinden ausreichend zu unterstützen. Im kommenden Jahr steht der dritte und letzte Bauabschnitt zur Sanierung des Verwaltungsgebäudes in der Saarstraße an. Im Schwerpunkt geht es dabei um das Erdgeschoss im Altbau. Dafür sind 200.000 Euro vorgesehen. Bisher wurden in den vergangenen beiden Jahren für dieses Vorhaben rund 350.000 Euro ausgegeben.

Im Gebäude in der Knochenhauerstraße in Hannover soll für den Umzug der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen eine weitere Etage grundsaniert werden. Dafür wurden 100.000 Euro angesetzt. Wenn diese Baumaßnahme abgeschlossen ist, haben dort der Reformierte Bund und die Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen ein gemeinsames Domizil und wir verdoppeln unsere Mieterträge. Wichtiger sind aber die inhaltlichen Chancen: Wenn es uns gelingt, sowohl unsere eigene Arbeit als auch diejenige der EKD und der UEK mit diesen beiden reformierten Dachorganisationen sinnvoll zu vernetzen, entstehen daraus völlig neue Perspektiven auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Davon können alle funktionalen Dienste unserer Kirche profitieren. Noch nie waren die Reformierten institutionell in Deutschland so gut aufgestellt wie sie es heute sind und noch nie haben sich die unierten Kirchen finanziell so deutlich an diesem reformierten Projekt beteiligt wie sie es heute tun. In Hannover könnte ein reformiertes Kompetenzzentrum entstehen.

Die Bedeutung des „Reformierten Zentrums“ in Hannover wird gleich bei zwei Ausgabepositionen unseres Haushalts deutlich: die Förderung des Jubiläums des Heidelberger Katechismus, die wir mit 34.000 Euro unterstützen wollen und das Reformationsjubiläum, für das wir eine halbe zeitlich befristete Beauftragtenstelle eingerichtet haben, die mit Pastor Sven Kramer besetzt wurde. Die Reformation geht weit über das Wirken von Martin Luther hinaus. Ihre europäische Dimension ist vor allem reformierte Reformationsgeschichte. Deshalb kommt es darauf an, dass wir diesen Akzent in die Planungen zum Reformationsfest 2017 einbringen. Insgesamt wollen die EKD-

Mitgliedskirchen 17 Millionen Euro in dieses Vorhaben investieren. Davon muss ein nicht unwesentlicher Anteil in die Aufarbeitung der reformierten Reformationgeschichte fließen. Den Willen dazu gibt es. Das wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, dass die EKD-Synode sich in diesem Jahr intensiv mit der reformierten Dimension der Reformation befasst hat und dass die EKD im kommenden Jahr zusammen mit dem Schweizer Evangelischen Kirchenbund eine gemeinsame Konferenz in der Schweiz plant. Es ist an uns, weitere Ideen und Projekte beizusteuern, damit dieser Fokus bis in das Jahr 2017 erhalten bleibt.

Neben den großen kirchenpolitischen Projekten gibt es auch viele wichtige binnenkirchliche Vorhaben, die hier hervorgehoben werden sollen. Die Neuordnung der Diakonie in Niedersachsen wird – zeitlich befristet – einen zusätzlichen gesamtkirchlichen Zuschuss in Höhe von 75.000 Euro beanspruchen. Diese zusätzlichen Beiträge sind erforderlich, um Beratungsleistungen zu finanzieren, die bisher vom Diakonischen Werk der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers kostenlos erbracht wurden, die von dort aber künftig in Rechnung gestellt werden. Es geht dabei um Beratungsleistungen für fachliche Dienste z.B. im Bereich der Schwangerenberatung, der Wohnungslosenhilfe, der Behindertenhilfe, der Jugendhilfe und insbesondere der Altenpflege. Innerkirchliche diakonische Aufgaben werden weiter von unserem eigenen Diakonischen Werk geleistet. Dies betrifft insbesondere die Beratung der Kindertageseinrichtungen und aber auch alle weiteren Aktivitäten im Bereich der Gemeindediakonie und der ökumenischen Diakonie. Wir haben mit dem Diakonischen Werk verabredet, dass der in diesem Jahr erstmals bereit gestellte zusätzliche Beitrag von 75.000 Euro spätestens ab 2016 durch Umstrukturierungsmaßnahmen vom Diakonischen Werk aus eigenen Mitteln selbst dargestellt werden muss, d.h. der Zuschuss in Höhe von 75.000 Euro/Jahr entfällt dann ersatzlos.

Für den Datenschutz wurden insgesamt 65.000 Euro veranschlagt. Den Hintergrund bilden gestiegene Anforderungen aus dem Europarecht. Um ihnen gerecht zu werden, müssen wir unsere IT-Systeme aufrüsten. Außerdem werden wir den Datenschutz künftig nicht mehr ehrenamtlich organisieren können. Bereits in den letzten Jahren überspannte die Arbeit, die Herr Jürgensmeier ehrenamtlich geleistet hat, jedes zumutbare Maß. Ich möchte ihm an dieser Stelle herzlich für alle seine Arbeit in den Gemeinden und in den Gremien der EKD und der Konföderation danken. Das, was er kostenlos geleistet hat, wird den gesamtkirchlichen Haushalt künftig mit 15.000 Euro belasten und von der EKD geleistet werden. Dort soll eine Datenschutzstelle errichtet werden, die wie das Oberrechnungsamt über die Einhaltung des Datenschutzes in unserer Kirche wacht.

Ein deutlicher Zuwachs an Ausgaben ist im Bereich Ökumene vorgesehen. Es ist geplant, die Partnerschaftsarbeit unserer Gemeinden stärker als bisher mit finanziellen Mitteln aus dem gesamtkirchlichen Haushalt zu unterstützen. Dafür wurde ein Betrag von 20.000 Euro angesetzt. Außerdem soll die entwicklungspolitische Bildungsarbeit unterstützt werden, indem ein Referent mit Unterstützung von Brot für die Welt eingestellt wird, der für diesen Bereich zuständig ist. Im Haushalt ist dafür ein Eigenanteil von 10.000 Euro vorgesehen. Dazu ist allerdings anzumerken, dass es bisher an einem tragfähigen Konzept fehlt, das allen Gemeinden unserer Kirche zugutekommt. Daran wird weiter gearbeitet.

Sie werden dem Haushalt entnommen haben, dass auch an zahlreichen anderen Stellen zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sofern es dazu ergänzenden Beratungsbedarf gibt, können wir darauf im Rahmen der Haushaltsdebatte gerne zurückkommen.

3. Risiken

Der Haushalt ist nicht ohne Risiken. Darauf habe ich bereits im Hinblick auf die Einnahmesituation hingewiesen. Im Hinblick auf die Ausgabenseite gilt dies erst recht. Denn kommt es zu einem Einnahmerückgang, stellt sich die Frage, ob wir dann noch in der Lage sein werden, die Rechtsverpflichtungen zu bedienen, die wir eingegangen sind. Und hier gibt es große Sorgen. Die EKD hat uns im Rahmen des Solidarpaktes erneut einen „blauen Brief“ geschrieben, weil wir bei der Reduzierung der Personalkosten deutlich hinter die selbst gesteckten Ziele zurückfallen. Sie erinnern sich: Die Gesamtsynode hat im Jahr 2005 beschlossen, die Pastorisationsdichte von 1.400 Gemeindegliedern pro Pfarrstelle auf 1.800 Gemeindeglieder pro Pfarrstelle abzusinken. Tatsächlich ist die Pastorisationsdichte jedoch gleich geblieben und es erscheint unrealistisch, dass das Ziel im vorgegebenen Zeitrahmen erreicht werden könnte. Völlig unrealistisch ist die einst in Aussicht genommene Reduzierung des Pfarrdienstes um ein Drittel von 150 auf 100 Pastoren. Dazu heißt es im Schreiben des EKD-Kirchenamtes: „Die Pfarrdienstkosten sind in den vergangenen Jahren stets kontinuierlich gestiegen. In 2011 ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Trotzdem gibt das Verhältnis der Kosten des Pfarrdienstes zu den durchschnittlichen Einnahmen mit einem Wert von 43 Prozent weiterhin Anlass zu großer Sorge“. Diese Einschätzung wird von Moderamen und Finanzausschuss geteilt. Wenn wir nicht umsteuern, werden wir unsere Verpflichtungen mittelfristig nicht mehr bedienen können. Zu Recht heißt es in dem Schreiben der EKD: „In der Betrachtung der Finanzplanung wird deutlich, dass die geplanten Kosten aus Personalverantwortung (Besoldung, Versorgungssicherung, Beihilfen und Versorgungsverpflichtungen) die prognostizierten Kirchensteuereinnahmen langfristig übersteigen werden. Ohne energisches Gegensteuern oder Hilfen von Dritten wäre schon allein deren Finanzierung langfristig nicht mehr gesichert.“ Dieses „energische Gegensteuern“ werden wir kurzfristig zu leisten haben, wollen wir die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Evangelisch-reformierten Kirche erhalten.

Als konkrete Maßnahme haben wir in den vergangenen Wochen ein Kirchengesetz zur Pfarrstellenfreigabe entwickelt, das die bisherige Beschlusslage der Gesamtsynode zur Pfarrstellenreduzierung aufnimmt und dafür ein klares und konsequentes Verfahren unter Beachtung der presbyterial-synodalen Ordnung unserer Kirche beschreibt. Das Gesetz soll den Gemeinden zur Mitberatung vorgelegt werden. Wohlgemerkt: Das Gesetz bildet lediglich die gegenwärtige Beschlusslage der Gesamtsynode ab. Ob wir uns langfristig eine Pastorisationsdichte von 1.800 Gemeindegliedern pro Pfarrstelle leisten können, ist damit noch nicht beantwortet. Die Frage steht gegenwärtig aber auch nicht zur Debatte. Es geht zunächst einmal darum, eine durchschnittliche Pastorisationsdichte von 1.800 Gemeindegliedern pro Pfarrstelle zu erreichen.

In den Gesprächen über die Umsetzung der gesamtsynodalen Vorgaben wird deutlich, dass einerseits die Einsicht in die Notwendigkeit der Pfarrstellenreduzierung besteht, dass aber andererseits auch große Ängste bestehen, welche Auswirkungen das für die eigene Gemeinde haben könnte. Besonders groß sind die Sorgen in den verstreuten Gemeinden in Insellage. Was bedeutet die Pfarrstellenreduzierung beispielsweise für Celle, Hameln oder Hildesheim? Wir werden dazu neu über eine verbesserte Nutzung unserer Personalressourcen nachdenken müssen. Eine Lösung könnte darin bestehen, an diese Gemeindepfarrstellen funktionale Dienste anzubinden und diese funktionalen Dienste mit dem reformierten Zentrum in Hannover zu vernetzen. Dies würde bei Beachtung der Vorgaben zur Pfarrstellenreduzierung die gesamtkirchlichen Kräfte der Evangelisch-reformierten Kirche stärken und gleichzeitig den verstreuten Gemeinden eine tragfähige Zukunftsperspektive vermitteln. Mit Dank nehme

ich zur Kenntnis, dass auf der Synode des Synodalverbandes X über solche Lösungsmodelle diskutiert wurde. Das ist ein konstruktiver Ansatz.

Die Thematik Pfarrstellenreduzierung zeigt, dass wir immer noch vor großen strukturellen Herausforderungen stehen, die angegangen werden müssen. Darüber darf die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht hinwegtäuschen. Es wäre abenteuerlich und widerspräche jeder Erfahrung, wollte man darauf bauen, dass der wirtschaftliche Aufschwung kontinuierlich anhält. Bereits die letzten Konjunkturdaten weisen in eine andere Richtung. So hat eine aktuelle Umfrage ergeben, dass jedes vierte Unternehmen in Deutschland im nächsten Jahr einen Stellenabbau plant. Und nicht ohne Grund wurde im Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen angemahnt, zumindest in der mittelfristigen Finanzplanung eine Einsparung von mindestens 1 Million Euro darzustellen. Im Ergebnis haben wir noch darauf verzichtet, weil auch diese Zahl gegriffen wäre. Aber die Notwendigkeit zur Strukturanpassung ist unabweisbar. Deshalb werden wir unsere Ressourcen künftig noch effektiver und effizienter einsetzen müssen und deshalb sind weitere Einsparungen im Personalbereich unverzichtbar.

III. Ausblick

Eine eigenständige Gliedkirche in der EKD zu sein, das ist das erklärte Ziel dieser Gesamtsynode. Dieses Ziel ist erreichbar, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt werden. Erstens kommt es darauf an, dass wir nachhaltig in der Lage sind, mit unseren Einnahmen unsere Ausgaben zu bestreiten und zweitens kommt es drauf an, dass wir unser Alleinstellungsmerkmal, reformiert zu sein, sowohl in den Gemeinden vor Ort als auch in der Gemeinschaft der Gliedkirchen der EKD als einen wertvollen Schatz des Protestantismus herausstellen. Dazu benötigen wir ein klares theologisches Profil und einen Umgang mit der presbyterialsynodalen Ordnung, die zum Ausdruck bringt, dass wir verantwortlich Kirchenleitung ausüben. Die Rahmenbedingungen waren selten so günstig wie sie es derzeit sind. Es liegt an uns die Chancen zu erkennen und zu ergreifen.

Ich möchte diese Haushaltsrede nicht beenden, ohne allen zu danken, die mit ihrem Kirchensteuerbeitrag die Grundlage für den vorgelegten Haushaltsplan liefern. Danken möchte ich auch all denen, die an der Vorbereitung dieses Haushaltsgesetzes beteiligt waren, dem Moderamen, dem Finanzausschuss und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landeskirchenamtes. Ein besonderer Dank gilt hier vor allem Frau Schmidt und Herrn Plenter, die das Zahlenwerk – wie immer – kompetent und zuverlässig zusammengestellt haben. Und schließlich danke ich Ihnen, liebe Synodale, für Ihre geduldige Ausdauer beim Zuhören.

Im Namen des Moderamens und des Finanzausschuss darf ich Ihnen den Haushaltsplan 2013 zur Beschlussfassung empfehlen.

Emden, 23. November 2012
Dr. Weusmann